

Turbulente Zeiten für die Presse in Lateinamerika - Von kleinen Aufstiegen und tiefen Fällen

Von Thilo Vogt

28.05.2020

Einmal im Jahr veröffentlicht die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen ihre Rangliste der Pressefreiheit (siehe Grafik auf der letzten Seite), um auf die Situation der Medien in der Welt aufmerksam zu machen. Besonders jene Länder, in denen Medienschaffende nicht frei ihrer Arbeit nachgehen können, Repressionen ausgesetzt sind, Opfer von politischen Kampagnen werden oder gar offener Gewalt ausgesetzt sind, werden von Reporter ohne Grenzen besonders hervorgehoben. Diese Rangliste ist nicht nur ein Seismograf für die Situation der Medien, sondern auch für staatliche Institutionen in Bezug auf Grund- und Menschenrechte. Im folgenden Artikel soll deswegen auf die Situation der Pressefreiheit in Lateinamerika eingegangen und mögliche Wege für eine Verbesserung erörtert werden.

Die weltweite Situation der Medien gestaltet sich zunehmend schwierig. Dieser negative Trend zeichnet sich in Lateinamerika und der Karibik ebenfalls ab. Die Punkte, die von Reporter ohne Grenzen für jedes Land ermittelt werden (0 = optimal; 100 = schlechtester Wert) haben in ihrer Summe seit 2013 einen weltweiten Zuwachs von 12 Prozent zu verzeichnen, was eine Verschlechterung bedeutet.¹ Insbesondere die negativen Veränderungen der Positionierungen von Peru (-5 Platzierungen), Argentinien (-7) und Haiti (-21: der größte Fall im gesamten Index) sorgen für eine Verschlechterung der Gesamtschau der Region. Auch die seit Langem schlechten Platzierungen von Ländern wie Brasilien (Position 107), Kolumbien (130), Mexiko (143), Venezuela (147) und Schlusslicht Kuba (171 - in der Bottom 10) führen die dramatische Situation von Journalist*innen in der Region vor Augen.

Top-Performer in der Region

Doch neben den Sorgenkindern der Region stellen Costa Rica (Position 7) und Uruguay (19) ein Gegengewicht zu anderen Ländern dar. Insbesondere Costa Rica hat sich um drei Platzierungen verbessern können. Costa Rica verfügt über eine große Diversität der Medienlandschaft in Form von verschiedenen öffentlichen und privaten TV-Sendern und zahlreichen Radiostationen. Die Presse wird größtenteils respektiert. Ein Gesetz, das den Begriff der Diffamierung und Verleumdung sehr weit auslegte, wurde 2017 enger definiert, um die Trennschärfe zwischen Falschaussagen und berechtigter Kritik zu klären. Bis 2010 war gar eine Freiheitsstrafe Bestandteil des Gesetzes.² Das Land kann seit Jahren auf eine stabile Demokratie zurückblicken, die ein Mehrparteiensystem und eine regelmäßige Erneuerung der Regierungen durch freie und demokratische Wahlen vorweisen kann.³ Gleiches gilt auch für Uruguay, das auch in Bezug auf Grundrechte und -freiheiten einen Wert von 98 von 100

¹ Reporter ohne Grenzen (2020): Rangliste der Pressefreiheit - Journalistinnen und Journalisten unter Druck von vielen Seiten. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2020/> (20.05.2020).

² Freedom House (2018): Costa Rica. URL: <https://freedomhouse.org/country/costa-rica/freedom-world/2018> (20.05.2020).

³ Ebd.

Punkten im Freedom House Index, einem Index zur Darstellung der Performance demokratischer Freiheiten und Rechte, aufweist.⁴

Die neuen Sorgenkinder der Region

Nicht nur seit diesem Jahr sind einige Länder von einer Verschlechterung ihrer Bewertung betroffen. Einige Länder zeigen bereits seit einigen Jahren eine negative Tendenz auf, die hier kurz erläutert werden soll.

Auch wenn sich Haiti (83) im Mittelfeld tummelt, ist der dramatische Sturz um 21 Platzierungen einen genaueren Blick wert. Die seit nun bereits zwei Jahren andauernden Proteste gegen Präsident Jovenel Moïse, dem unter anderem Korruption vorgeworfen wird, führten immer wieder dazu, dass Journalist*innen zum Opfer von Angriffen werden. Der im Oktober 2019 durch mehrere Schüsse in den Kopf getötete Radioreporter Joseph Néhémie sowie der im Juni des gleichen Jahres tödlich getroffene Journalist Pétion Rospide von Radio Sans Fin verdeutlichen die Verschlechterung der Lage.⁵

Einen Fall um 7 Platzierungen muss auch Argentinien (64) verzeichnen. Dieser Trend ist zurückzuführen auf exzessive Polizeigewalt und Angriffe im Zuge von Demonstrationen sowie auf einen kritischeren Ton gegenüber der Presse im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes 2019. Morddrohungen gegenüber Journalist*innen sowie ein Angriff mit Schusswaffen auf das Haus eines Reporters in Mar del Plata sind weitere Erklärungen für die verschlechterte Platzierung des Landes.⁶

Man mag zwar annehmen, dass das Ranking von Chile (51) durch die Massenproteste im Herbst 2019 (vor allem durch die gewaltsame Reaktion der Sicherheitsbehörden gegen Demonstrierende und Reporter*innen) Schaden nehmen würde (-5 Platzierungen), doch schon seit 2016 haben sich die Platzierungen kontinuierlich verschlechtert. 2016 befand sich Chile noch auf Position 31 - und war damit auf Platz drei in Lateinamerika - und fiel seitdem auf Platz 51. Dies lässt sich nicht einzig auf die Methodologie bzw. Bewertung des Rankings zurückführen, das gerade im Mittelfeld eine starke Volatilität generiert, weil viele Länder eine ähnliche Punktzahl aufweisen, sondern in der stetigen Verschlechterung der Presselandschaft. Im Jahr 2016 konnte noch eine Punktzahl von 19,23 Punkten erreicht werden, während 2020 schon 27,31 Punkte erreicht wurden. Gründe dafür sind politischer Druck im Zuge von Berichterstattungen in den Themengebieten Korruption, Veruntreuung und dem Umgang mit der Mapuche-Minderheit.⁷

⁴ Freedom House (2020): Uruguay. URL: <https://freedomhouse.org/country/uruguay/freedom-world/2020> (20.05.2020).

⁵ Coto, Dánica (2019): Thousands of protesters in Haiti loot stores, battle police. URL: <https://ap-news.com/a3eb42c59a524946a955e65814ccf688> (20.05.2020).

⁶ Clarín (2020): El ataque quedó filmado - Disparan 13 tiros contra la casa del periodista Carlos Walker. URL: https://www.clarin.com/politica/disparan-13-tiros-casa-periodista-carlos-walker_0_Vj75IGuB.html (20.05.2020).

CPJ (2020): Journalist receives death threats after reporting on murder in Argentina. URL: <https://cpj.org/2020/02/journalist-receives-death-threats-after-reporting.php> (20.05.2020).

⁷ Reporter ohne Grenzen (2017): Rangliste der Pressefreiheit 2017. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2017/ueberblick/> (20.05.2020).

Reporter ohne Grenzen (2019): 2019 RSF Index: Authoritarianism and disinformation worsen the situation in Latin America.

Die Proteste in Bolivien (114) und Ecuador (98) hingegen haben wenig an den Platzierungen verändert. Beide Länder haben sich lediglich um eine Position verschlechtert. Insbesondere die Turbulenzen um die Präsidentschaftswahlen in Bolivien, gewalttätige Proteste und die Unsicherheit und Instabilität, die mit dem Rücktritt Evo Morales' einhergingen, haben die Arbeit der Presse beeinträchtigt.⁸

Brasilien hat in den letzten zwei Jahren rund fünf Platzierungen einbüßen müssen. Unter anderem hat der Tod von insgesamt drei Journalisten im Jahr 2018 zu einer Verschlechterung beigetragen.⁹ Besonders Reporter*innen, die zu Themen wie Korruption und organisierter Kriminalität berichten, sehen sich in den letzten Jahren vermehrt Drohungen, Schmutzkampagnen und Angriffen ausgesetzt. Insbesondere während des Wahlkampfes und auch nach seiner Einführung in das Präsidentenamt ließ Jair Bolsonaro kaum ein gutes Haar an den Medien. Hate Speech, Desinformation und gezielte verbale Angriffe gegen kritische Medienhäuser prägen seinen Umgang mit den Medien. Doch die brasilianische Presselandschaft muss sich nicht nur direkter Angriffe erwehren, sondern auch einem Trend, der den Medienkonsum vermehrt in den digitalen Raum und besonders in die Sozialen Medien verlagert. Laut des Digital News Reports 2019 gaben in Brasilien rund 64 Prozent der Befragten an, dass sie Soziale Medien als Informationsquelle bevorzugen, während Printmedien nur noch zu 27 Prozent herangezogen werden.¹⁰

Zwischen Untätigkeit und Unfähigkeit

Auf den unteren Rängen finden sich vor allem Länder wieder, die durch eine sehr angespannte Sicherheitslage charakterisiert sind. Guatemala (116), Kolumbien (130), Mexiko (143) und Honduras (148) gelten seit Längerem als heiße Pflaster für Medienschaffende.

Insbesondere die Sicherheitslage in Kolumbien hat sich in manchen Regionen des Landes dramatisch verschlechtert. Allein seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC im Jahre 2016 sind drei Journalist*innen umgekommen. Diese reißen sich ein in die noch größere Zahl von getöteten Aktivist*innen und Líderes Sociales (von 1985 bis 2016 waren es 299 Ermordete / seit 2016 alleine wurden über 500 ermordet).¹¹ Der Tod von zwei ecuadorianischen Journalisten und ihrem Fahrer im Departamento Nariño hatte 2018 für internationale Bestürzung gesorgt und bereits vor Augen geführt, wie gefährlich sich die Mischung aus staatlicher Schwäche und dem bewaffneten Kampf zwischen verschiedenen Akteuren wie FARC-Dissidenten, kriminellen Gruppierungen und Neoparamilitärs für die Arbeit von Medienschaffenden und kritischen Stimmen in dem Land auswirkt.¹²

⁸ Reporter ohne Grenzen (2020): RSF 2020 Index: Latin America's dark horizon for press freedom.

⁹ Reporter Without Borders (2018): Another local radio host attacked in Brazil, 5th this year <https://rsf.org/en/news/another-local-radio-host-attacked-brazil-5th-year> (06.05.2020)

¹⁰ Newman, Nic / Fletcher, Richard / Kalogeropoulos, Antonis / Kleis Nielsen, Rasmus (2019): Reuters Institute - Digital News Report 2019, S. 123.

¹¹ Morales Nieto, Jairo (2015): Qué es el Posconflicto? Colombia después de la guerra. Ediciones B, Bogotá. / Público (2020): Los asesinatos de más de 500 líderes sociales en Colombia desde 2016 reflejan el deterioro de la seguridad en el país. URL: <https://www.publico.es/internacional/asesinatos-mas-500-lideres-sociales.html> (20.05.2020):

¹² Giraudat, Jules (2018): Drei tote Journalisten und eine Frage. URL: <https://www.sueddeutsche.de/meldungen/tote-journalisten-ecuador-drogenkrieg-1.4183138> (20.05.2018).

Mexiko (143) wird seit Jahren das Stigma „gefährlichstes Land für Journalist*innen“ zugewiesen. Diese unrühmliche Beschreibung ist auf die im regionalen Vergleich hohe Anzahl an ermordeten Reporter*innen zurückzuführen. So wurden 2018 rund 10 Journalist*innen ermordet, 2019 waren es bereits 11 und im Jahr 2020 wurden bereits drei Morde verübt.¹³ Laut des Committee to Protect Journalists gelten aktuell 14 Journalist*innen als vermisst.¹⁴

Dies führt nicht nur dazu, dass Medienschaffende nicht mehr ungehindert berichten können und weiter um ihr Leben fürchten müssen, sondern auch dazu, dass eine Selbstzensur stattfindet. Manche Regionen wie zum Beispiel der Bundesstaat Sinaloa werden medial nicht mehr ausreichend abgedeckt, Skandale von Lokalpolitiker*innen nicht thematisiert und Recherchen im Dunstkreis des organisierten Verbrechens mancherorts unterlassen, um das Leben der Familie und das eigene zu schützen.¹⁵ Die gesteckten Ziele von Präsident Andrés Manuel López Obrador, die Gewalt und Straflosigkeit im Land zu reduzieren, scheinen mit jedem Monat weiter in die Ferne zu rücken, wenn die Statistiken zu Gewaltverbrechen publiziert werden. Es muss aber betont werden, dass die angespannte Sicherheitslage in Mexiko nicht auf das gesamte Land zu beziehen ist, sondern sich einzelne und dynamische Hotspots herauskristallisieren.¹⁶ Dies führt zu einer regionalen Divergenz im Bereich der Pressefreiheit und somit auch zu einer verzerrten Repräsentation der Belange der dortigen Bevölkerung und ihrer Kritik als auch zu einer Verzerrung der Realität einzelner Regionen, die eine zensierte Bild nach außen tragen.

In Honduras mischen sich die Aspekte von staatlichem Unwillen und Untätigkeit. Während einige Journalist*innen über Bandenkriminalität und das organisierte Verbrechen berichten und deswegen um ihre Sicherheit fürchten müssen, werden Recherchen in Bezug auf Korruption von Bedrohungen, Verleumdungen (durch lokale und staatliche Akteure) und Angriffen begleitet.¹⁷

Repression von staatlicher Seite

Während Länder wie Mexiko und Kolumbien eher durch die Untätigkeit der Behörden oder die Unfähigkeit der Regierungen auffallen, um Medienvertreter*innen schützen zu können oder zu wollen, sind Politik und Sicherheitsbehörden in Nicaragua (114), Venezuela (147) und Kuba (171) maßgeblich und aktiv für die Misere der Presse verantwortlich.

Während Kuba 2019 noch im Ranking drei Punkte durch die Ausweitung von Internetanschlüssen und damit verbundenen neuen Möglichkeiten für digitale Medien

¹³ Phillips, Tom (2020): Mexico: first journalist found dead in 2020 after high number of 2019 killings. URL: <https://www.theguardian.com/world/2020/jan/09/fidel-avila-gomez-mexico-first-journalist-found-dead-2020-high-number-2019-killings> (21.05.2020).

BBC (2020): Jorge Armenta: Mexican journalist killed in 'armed attack'. URL: <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-52698127> (24.05.2020).

¹⁴ Committee to Protect Journalists (CPJ) (2020): Mexico. URL: <https://cpj.org/americas/mexico/> (20.05.2020).

¹⁵ Infobae (2020): México se mantiene como uno de los países más peligrosos para ejercer el periodismo en América Latina. URL: <https://www.infobae.com/america/mexico/2020/04/21/mexico-se-mantiene-como-uno-de-los-paises-mas-peligrosos-para-ejercer-el-periodismo-en-america-latina/> (21.05.2020).

¹⁶ Causa en Común (2020): Análisis de los datos disponibles de incidencia delictiva - Cifras publicadas el 20 de enero de 2020. URL: <http://causaencomun.org.mx/beta/wp-content/uploads/2020/01/incidencia-delictiva-2018-2019.pdf> (24.05.2020).

¹⁷ Reporter ohne Grenzen (2020): RSF 2020 Index: Latin America's dark horizon for press freedom.

und Blogger dazugewinnen konnte, wird weiterhin ein staatliches Nachrichtenmonopol betrieben. 2020 hingegen wurde der Druck auf kritische Journalist*innen weiter erhöht und die Anzahl der Verhaftungen von Medienschaffenden stieg an. Im aktuellen Ranking ist Kuba wieder in die Bottom-Ten gerutscht und ist bereits seit 22 Jahren das Schlusslicht des Kontinents.¹⁸

In Venezuela sieht die Situation für regimekritische und oppositionelle Berichterstat-ter ähnlich prekär aus. Sendefrequenzen von Radio- und TV-Stationen werden ge-stört oder benachteiligt, Medienvertreter*innen werden willkürlich verhaftet sowie Internet und Social Media blockiert. Auch die Proteste Anfang 2019 haben durch Re-pression gegen nationale und internationale Journalist*innen für weitere negative Beurteilungen gesorgt und den seit Jahren gängigen Umgang mit Medienvertreter*in-nen bestätigt.¹⁹

Nicaragua mit Position 114 steht zwar auf einer vergleichsweise guten Position in der Gruppe der autoritär geführten Staaten, fiel aber seit 2018 bereits um 27 Platzierun-gen. Eine Verschlechterung von 30,41 Punkten auf 35,81 Punkte. Insbesondere die Proteste gegen die Sozialreformen von 2018 sowie der damit verbundene repressive Umgang mit den Demonstrierenden führte zu einer Verschlechterung der Lage. Will-kürliche Verhaftungen, Journalist*innen, die ins Exil gehen, und der Mangel an Ma-terialien für Printmedien lancieren den Niedergang der freien Presse.

Neue Herausforderungen und mögliche Wege in eine bessere Zukunft

Insbesondere die aktuellen Maßnahmen wegen der Covid-19-Pandemie bergen die Gefahr, dass Regierungen zu stark und grob Grundfreiheiten einschränken. Gewiss ist das Primat der Sicherheit und der Gesundheit der Bevölkerung von Bedeutung, doch dies darf nicht darin münden, dass die Medien nicht mehr über Missstände berichten und berechtigte Kritik üben können oder dürfen. Aber auch hier sind die Medien selbst gefordert, die Dramatik der Situation nicht zu überspitzen und nicht die Sensation in den Vordergrund zu stellen, sondern objektiv zu berichten.

Aber auch nach der Corona-Krise muss die Presse frei arbeiten können. Auch wenn die Aussage von Timothy Garton Ash, dass es der „Standhaftigkeit des Staates und der Solidarität der Gesellschaft“²⁰ bedarf, um Redefreiheit sowie Pressefreiheit zu för-dern, gestaltet sich die Erreichung dieser internationalen Norm in Lateinamerika zu-nehmend schwierig, wie oben bereits gezeigt wurde. Daher bedarf es einer gemein-samen Herangehensweise zur Förderung der Redefreiheit im Wechselspiel von Poli-tik, Medien und Gesellschaft.

Normativ haben sich die lateinamerikanischen Staaten in Artikel 13 der Amerikani-schen Konvention über Menschenrechte vom 22. November 1969 auf den Schutz der Gedankenfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung geeinigt.²¹ Dieser Artikel

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Human Right Watch (2019): Venezuela: Violent Response to Demonstrators - Reports of Killings, Detentions, Media Shutdowns. URL: <https://www.hrw.org/news/2019/05/03/venezuela-violent-response-demonstrators> (21.05.2020).

²⁰ Garton Ahs, Timothy (2016): Redefreiheit - Prinzipien für eine vernetzte Welt. Carl Hanser Verlag, München. S. 215.

²¹ Organización de los Estados Americanos (1969): Convención Americana sobre Derechos humanos (Pacto de San José). URL: [http://www.oas.org/dil/esp/tratados_B-32_Convencion_Americana_sobre_Derechos Hu-manos.htm](http://www.oas.org/dil/esp/tratados_B-32_Convencion_Americana_sobre_Derechos_Hu-manos.htm) (23.05.2020).

ächtet in Absatz 5 unter anderem die Verbreitung von Kriegspropaganda und Begünstigung von Hass, ungeachtet seiner Motivation (z.B. religiös, politisch oder rassistisch). Besonderes Augenmerk ist hierbei auf Absatz 3 zu richten, der mittelbare Eingriffsmöglichkeiten von staatlicher oder privater Seite beschränken soll. Dennoch tun sich hier einzelne Regierungen schwer, diese Eingriffe zu unterbinden. Zudem wird schon seit längerem von Reporter ohne Grenzen bemängelt, dass in Staaten wie Argentinien, Brasilien, Kolumbien oder Peru eine Oligopolisierung weniger Medienunternehmen stattfindet und dadurch die Meinungsvielfalt gefährdet.²² Eine Staatliche Förderung der Presse ist hier geboten, damit kleinere Medienunternehmen nicht aus dem Markt gedrängt und bestimmte Meinungen nicht mehr ausreichend repräsentiert werden.

Gerade in Lateinamerika ist die Presse aber auch vielen physischen Gefahren ausgesetzt. Zum einen wollen viele Medienschaffende über Missstände berichten, sehen sich aber im schlimmsten Falle der Gefahr um Leib und Leben ausgesetzt. Medien müssen bissig bleiben, Mut zeigen und sich den Gefahren in den Weg stellen. Doch dies gelingt nur, wenn der Staat auch für die Sicherheit der Journalist*innen sorgen kann. Es ist ein Grundrecht, das hier verteidigt werden muss und die Presse darf nicht durch Drohungen und offener Gewalt an ihrer Arbeit gehindert werden. Die Presse muss auch ungemütlich sein. Das ist insbesondere die Aufgabe von investigativem Journalismus. Mutige und provokante Journalist*innen wie Lydia Cacho (mexikanische Journalistin, die über Menschenhandel berichtet und selber Opfer von staatlicher Repression wurde²³) oder Óscar Martínez (Gründer von El Faro - Onlinezeitschrift aus El Salvador²⁴) führen beeindruckend vor Augen, dass sie in gefährlichem Terrain recherchieren und dadurch ihre Erfolge, Geschichten und Reportagen mit der Angst um ihr Leben bezahlen.

An dieser Stelle ist die Gesellschaft gefragt, solidarisch zu sein. Doch wie soll diese für mehr Pressefreiheit entstehen? An dieser Stelle kommt das Wechselspiel mit den Medien ins Spiel. Zeitungen und andere Formate müssen sich den Bedürfnissen ihrer Leser*innen anpassen. Dabei dürfen sie aber auch nicht Teile ihrer potentiellen Leserschaft sowohl in sozioökonomischer Hinsicht (zu teure Zeitungen, die von ärmeren Bevölkerungsschichten nicht bezahlt werden können oder ein größerer Fokus auf digitale Medien, die in abgelegenen Teilen vieler Länder nicht empfangen werden können) als auch im repräsentativen Sinne (Medien, die sich auf eine eher städtische Leserschaft beziehen oder eine bestimmte ethnische Gruppe kaum repräsentieren) vernachlässigen. Gerade ein Mangel an Repräsentation benachteiligter Bevölkerungsschichten kann zu vielfältiger Kritik führen. In Antonio Ortuños sozialkritischen Roman „Die Verschwundenen“ (im Original „Olinka“) wird zum Beispiel der Vorwurf gegen die mexikanische Lokalpresse erhoben, sich nicht für die Belange von an den Rand der Gesellschaft (bzw. hier an den Rand der Metropole Guadalajara) gedrängten armen Bevölkerungsschichten zu interessieren, die den Interessen von

²² Reporters without Borders (2019): La propiedad de los medios importa. URL: <http://latin-america.mom-rsf.org/es/> (24.05.2020).

²³ Notimérica (2019): La historia de Lydia Cacho después de 13 años tratando de hacer justicia. URL: <https://www.notimerica.com/sociedad/noticia-historia-lydia-cacho-despues-13-anos-tratando-hacer-justicia-20190509211338.html> (24.05.2020)

²⁴ Rauda Zablah, Nelson (2016): Periodista Óscar Martínez, de El Faro, gana el premio Moors Cabot. URL: https://elfaro.net/es/201607/el_salvador/19005/Periodista-%C3%93scar-Mart%C3%ADnez-de-El-Faro-gana-el-premio-Moors-Cabot.htm (23.05.2020).

korrupten Lokalpolitiker*innen und wirtschaftlichen Eliten zum Opfer fallen.²⁵ Eine Möglichkeit, um größere Teile der Bevölkerung und ihre Diversität abzulichten, ist die Etablierung von Códigos de Diversidad (Diversitätskodex). Dabei geht es darum, die Interessen und die Sichtbarkeit von benachteiligten Bevölkerungsteilen zu fördern und diesen Menschen eine Stimme zu geben, ohne diese auf dem Altar der Sensation und Auflage zu opfern. Um bestimmte Themen in den Vordergrund zu rücken, die sonst nur von lokalen Medien aufgegriffen würden, können auch Bürgerjournalist*innen und Internetportale einen Beitrag leisten und mittels Sozialer Netzwerke Themen schneller verbreiten.²⁶ Doch dieses Mehr an Bürger*innenbeteiligung kann unter Umständen die Gefahr bergen, dass Falschmeldungen und Fake News ungefiltert, ungeprüft und in kürzester Zeit viral gehen. Das kann aus Mangel am Know-How (keine professionelle journalistische Ausbildung und keine Verpflichtung gegenüber journalistischen Normen), fehlendem Personal (keine interne redaktionelle Kontrolle möglich) oder aus Kalkül (bewusstes Streuen falscher, irreführender, manipulierter oder aus dem Kontext gelöster Informationen) zu problematischen Resultaten führen.²⁷ Doch es wäre eine vermessene Annahme, daraus Restriktionen abzuleiten. Im Gegenteil, niederschwellige und kostengünstige (besser noch kostenfreie) Programme, die den Bürgerjournalist*innen das notwendige Werkzeug an die Hand geben, sind essenziell.

Doch die Gesellschaft ist auch gefordert zu investieren. Freie Meinungsäußerung ist zwar ein Grundrecht, doch Journalismus kostet auch Geld. Hierbei muss ein Gleichgewicht gefunden werden, das es sowohl ermöglicht, den Preis für Zeitungen und andere Medienprodukte bezahlbar zu gestalten. Zugleich muss dieser Preis die entstehenden Kosten auffangen können, um sich nicht zu sehr von anderen Einnahmen abhängig zu machen. Im Konflikt mit einschränkenden Staaten und großen Unternehmen muss eine Bezahlung für guten und unabhängigen Journalismus als Investition verstanden werden, um die Bürger*innen zu informieren und innerhalb des demokratischen Willensbildungsprozesses sprachfähig zu machen bzw. eine Stimme zu geben und dadurch überhaupt eine freie Gesellschaft zu ermöglichen. Um diese Solidarität zu erhalten müssen aber auch die Medien in Vorleistung gehen und verlorenes Vertrauen wieder zurückgewinnen (2004 Vertrauten noch 65,7% den Massenmedien, 2017 waren es nur noch 51,9%).²⁸

Zu guter Letzt sind aber auch die Medien selbst gefragt. Die Medienvertreter müssen einen verantwortungs- und respektvollen Umgang gegenüber denen walten lassen, über die sie berichten. Eine Sensation bedeutet zwar Aufmerksamkeit und Auflage, aber diese darf nicht die Würde des Menschen angreifen. Das Beispiel der brutalen Ermordung von Ingrid Escamilla in Ciudad de México im Februar 2020, als die Tatortaufnahmen des ausgeweideten Leichnams der jungen Frau unzensuriert auf der Titelseite von Pásala und La Prensa zu sehen waren, hat Bestürzung, Zorn und Proteste gegen diese Form des Journalismus hervorgerufen.²⁹ Doch der Protest und der damit

²⁵ Ortuño, Antonio (2019): Die Verschwundenen. Verlag Antje Kunstmann GmbH, München, S 110ff.

²⁶ Behrens, Peter-Alberto (2013): Medien. In: Hensel, Silke / Potthast, Barbara (Hrsg.): Das Lateinamerika-Lexikon. Peter Hammer Verlag. Wuppertal, S.214.

²⁷ Doser, Nicole / Appel, Markus (2020): Fake News. In: Appel, Markus (Hrsg.): Die Psychologie des Postfaktischen. Springer Verlag, Berlin. S. 12-14.

²⁸ Cohen, Mollie J. / Lupu, Noam / Zechmeister, Elizabeth J. (2017): The Political Culture of Democracy in the Americas, 2016/17: A Comparative Study of Democracy and Governance. S. 32 - 34.

²⁹ Gurk, Christof (2020): Mord- und Presseopfer. URL: <https://www.sueddeutsche.de/medien/mexiko-ingrid-escamilla-presse-1.4798610> (23.05.2020).

verbundene Skandal steht indes einer Leser*innenschaft gegenüber, die ein ausgeprägtes Interesse an diesen Notas Rojas (Zeitungen, die sich effekthaschend und unzensuriert den Themen Gewalt, Autounfällen und Verbrechen widmen) hat, wie die Auflagenzahl von täglich mehreren hunderttausend Exemplaren belegen. Diese Herangehensweise führt somit weiterhin zu einer Re-Viktimisierung der Opfer. Eine Möglichkeit zur Reduzierung solcher Medienberichterstattung ist ein Pressekodex bzw. redaktionelle Selbstkontrolle (nicht zu verwechseln mit Selbstzensur) durch die Medien. Dieser muss sich unter anderem an der Achtung der Wahrheit und der Menschenwürde orientieren.³⁰

Auch in handwerklicher Hinsicht sind Kreativität und Kooperation wichtiger denn je. Der intraregionale Austausch, länderübergreifende Kooperation und Recherchenetzwerke sind nur einige Instrumente, die schon früh in der Presselandschaft Lateinamerikas zum Einsatz kamen.³¹ Hierdurch lassen sich zusätzlich Kosten einsparen, da eine arbeitsteilige Recherche die Last auf mehrere Nachrichtenportale verteilt. Als Beispiel kann die NGO CONNECTAS herangezogen werden, die es sich zum Ziel gemacht hat, Journalist*innen und Nachrichtenportale in der Region zu vernetzen, insbesondere bei Themen, die über einen nationalen Bezug hinausgehen.³²

Wie auch immer sich der zukünftige Weg der Medien in Lateinamerika gestalten wird, es wird ein herausfordernder Weg sein. Medienunternehmen und Journalist*innen müssen sich neuen Herausforderungen stellen und der Vielfalt an neuen Problemen entgegentreten. Doch dieser Weg muss beschritten werden, um eine informierte Gesellschaft und demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Dieser Weg kann von den Medien nicht allein gegangen werden, sondern muss mit der Unterstützung staatlicher Institutionen und einer kritischen Gesellschaft, dessen Vertrauen es wiederzugewinnen gilt, gegangen werden. Mut und Idealismus sind an dieser Stelle zwar große bis pathetische Vokabeln, doch wenn Simon Groß, Francesca Polistina und Sarah Unterhitzenberger von der Süddeutschen Zeitung, von einem „Privileg“³³ bezogen auf die Pressefreiheit schreiben, erscheint die Bedeutung dieser Vokabeln notwendiger denn je und müssen als Triebfeder für mehr Redefreiheit verstanden werden.

³⁰ Eberwein, Tobias (2010): Was Medien sollen: Medienethik und Medienselbstkontrolle, In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Massenmedien. Informationen zur politischen Bildung 309. Bonn.

³¹ Behrens, Peter-Alberto (2013): Medien. In: Hensel, Silke / Potthast, Barbara (Hrsg.): Das Lateinamerika-Lexikon. Peter Hammer Verlag. Wuppertal. S. 213.

³² CONNECTAS (2020): Una plataforma para la innovación periodística. URL: <https://www.connectas.org/sobre-nosotros/> (24.05.2020).

³³ Groß, Simon / Polistina, Francesca und Unterhitzenberger, Sarah (2020): Wie sich der Druck auf Journalisten erhöht. URL: <https://www.sueddeutsche.de/medien/pressefreiheit-medien-journalismus-reporter-ohne-grenzen-1.4892422> (24.05.2020).

Ranking der Pressefreiheit 2020

Rang 2020	Land	Punktzahl*	Rang 2019	Veränderung zum Vorjahr	Trend
7	Costa Rica	10,53	10	+3 (Top 10)	
19	Uruguay	15,79	19	0	
20	Surinam	17,50	20	0	
49	Guyana	26,63	51	+2	
51	Chile	27,31	46	-5	
53	Belize	27,50	53	0	
55	Dominikanische Republik	27,90	55	0	
64	Argentinien	28,78	57	-7	
74	El Salvador	29,70	81	+7	
76	Panama	29,78	79	+3	
83	Haiti	30,20	62	-21	
90	Peru	30,94	85	-5	
98	Ecuador	32,62	97	-1	
100	Paraguay	32,97	99	-1	
107	Brasilien	34,05	105	-2	
114	Bolivien	35,37	113	-1	
116	Guatemala	35,75	116	0	
117	Nicaragua	35,81	114	-3	
130	Kolumbien	42,66	129	-1	
143	Mexiko	45,45	144	+1	
147	Venezuela	45,66	148	+1	
148	Honduras	48,20	146	-2	
171	Kuba	63,81	169	-2 (Bottom 10)	

Quelle: Reporter ohne Grenzen - Rangliste der Pressefreiheit 2020³⁴,

*Für die Erstellung des Rankings wird eine Punktzahl anhand der Kriterien Medienvielfalt; Unabhängigkeit der Medien; journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur; rechtliche Rahmenbedingungen; institutionelle Transparenz; Produktionsinfrastruktur; und Anzahl von Angriffen gegen Medienschaffende erstellt. Daraus wird eine Punktzahl von 0 (optimal) bis 100 (schlechtester Wert) errechnet³⁵.

³⁴ Reporter ohne Grenzen (2020): Rangliste der Pressefreiheit 2020. URL: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2020/Rangliste_der_Pressefreiheit_2020_RSFSF.pdf (20.05.2020).

³⁵ Reporter ohne Grenzen (2020): Rangliste der Pressefreiheit 2020 - Methodische Hinweise zur Erstellung. URL: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2020/Methodik_Rangliste_der_Pressefreiheit_2020_RSFSF.pdf (20.05.2020).